

NEWSLETTER DEZEMBER 2024

THEMENKOORDINATIONSGRUPPE
MENSCHENRECHTE UND INDIGENE VÖLKER

AMNESTY
INTERNATIONAL



VORWORT

Liebe Leser*innen,

im letzten Rundbrief von Juni 2024 hatten wir darauf hingewiesen, dass unser Rundbrief nur noch einmal im Jahr in den Sommermonaten erscheinen kann, da zurzeit unsere Kapazitäten nicht ausreichen für zwei umfangreiche Ausgaben pro Jahr.

Nun haben wir ersatzweise zum Jahresende in kürzerer Form einen Newsletter zu wichtigen aktuellen Entwicklungen erstellt. Diesen finden Sie auch auf unserer Webseite <https://amnesty-indigene.de/>.

Das Redaktionsteam wünscht Ihnen eine friedliche Weihnachtszeit und einen guten Start ins neue Jahr 2025!

Marianne Kersten und Rosie Hofstetter

INHALT

Vorwort/Impressum	2
Kanada	3
In eigener Sache	5
Mexiko	8
Tansania	10
DR Kongo	12
AI-Broschüre zu Indigenen	13
Bangladesch	14
Indien	15
Indonesien	18

AMNESTY INTERNATIONAL Sektion der Bundesrepublik Deutschland e. V.

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker
Marianne Kersten · marianne.kersten@amnesty-indigene.de
Rosemarie Hofstetter · rosie.hofstetter@t-online.de

Hinweis: Nur als solche gekennzeichneten Beiträge geben die Meinung von Amnesty International wieder.
www.amnesty.de; www.amnesty-indigene.de

SPENDENKONTO:

Bank für Sozialwirtschaft • IBAN: DE23 3702 0500 0008 0901 00 • BIC: BFSWDE33XXX
Gruppe 2915

KANADA

WET'SUWET'EN NATION – INDIGENE KÄMPFEN GEGEN PIPELINE-BAU

BRIEFMARATHON 2024

Bitte solidarisieren Sie sich mit den kriminalisierten Landverteidiger*innen der Wet'suwet'en Nation und unterschreiben Sie bis zum 22.12.2024 die Online-Petition an den Premier von British Columbia, Kanada.

Den Link zur Online-Petition finden Sie hier:

<https://www.amnesty.de/briefmarathon-2024-wetsuweten-nation-kanada?ref=987730>

In der Vergangenheit hatten wir u. a. in den Rundbriefen Juni 2024 und Dezember 2023 über die Situation der Wet'suwet'en Nation ausführlich berichtet, die sich seit langem gegen den Bau einer Flüssig-gaspipeline von Coastal GasLink auf ihrem angestammten Land wehren. Die Hereditary Chiefs der Wet'suwet'en Nation haben dem inzwischen abgeschlossenen Bau, gemäß internationaler Menschenrechtstandards, nie ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung erteilt.

Gegenwärtig läuft ein Genehmigungsverfahren für den Bau von zwei Kompressor-Stationen auf ihrem Land, denen sie ebenfalls nicht zugestimmt haben. Diese sollen zur Verdopplung der Pipeline-Kapazität beitragen und bedeuten für die in der Nähe lebenden Mitglieder der Wet'suwet'en Nation nicht nur eine erneute Beschränkung ihrer Lebensweise und der Zufahrtswege, sondern auch eine weitere Umweltzerstörung sowie eine massive gesundheitliche Belastung.

Mehr dazu erfahren Sie in dem englischsprachigen Video der Landverteidigerin Sleydo' (Molly Wickham), das im November 2024 von Alli McCracken (Amnesty International) vor Ort aufgenommen wurde:

<https://drive.google.com/file/d/128hPEXLQSmXn5yGocF7DqE3LhD0Fmm46/view>

Außerdem finden Sie auf der Webseite der kanadischen Amnesty-Sektion ein weiteres englischsprachiges Video mit Sleydo', in dem sie noch einmal über die Verletzung indigener Rechte angesichts des Pipelineprojektes und die Polizeieinsätze auf ihrem Territorium spricht. Viele der gezeigten Aufnahmen stammen aus dem beeindruckenden Film „Yintah“, der von der Geschichte und dem Kampf der Wet'suwet'en Nation erzählt.

<https://www.amnesty.ca/human-rights-news/write-for-rights-2024-targets-canada-criminalization-of-wetsuweten-land-defenders/>

KRIMINALISIERT, WEIL SIE IHR LAND SCHÜTZEN – AKTUELLES ZUM PROZESS

Drei Jahre nach ihrer Festnahme und fünftägigen Inhaftierung wurden die Landverteidiger*innen der Wet'suwet'en Nation, Sleydo' (Molly Wickham), Shaylynn Sampson und Corey (Jayochee) Jocko im Januar 2024 schuldig gesprochen, gegen die Auflagen einer einstweiligen Verfügung des *Supreme Court of British Columbia* verstoßen zu haben, obwohl sie ihr Land mit friedlichen Aktionen verteidigten. Amnesty International kritisierte den Schuldspruch als ungerecht.

Die drei Landverteidiger*innen reichten eine Klage wegen Verfahrensmissbrauchs ein, in der sie geltend machten, dass ihre Menschenrechte während der Festnahme und Inhaftierung durch die kanadische Polizei (*Royal Canadian Mounted Police, RCMP*) verletzt wurden. Ergänzend beantragten ihre Anwält*innen vor Gericht die Aufhebung des Urteils und begründeten dies entsprechend mit der Behandlung durch die kanadische Polizei.

Wenn ihr Antrag erfolgreich ist, wird die Anklage gegen die Landverteidiger*innen ausgesetzt; wenn nicht, drohen ihnen Gefängnis und ein Eintrag ins Strafregister.

Bei der Fortsetzung des Prozesses im September 2024 wurden die drei Angeklagten und Polizeibeamte als Zeugen befragt. Als Mitglied einer Amnesty-Delegation konnte ich die Anhörung von Sleydo' und Shaylynn an drei Tagen im Gerichtssaal mit verfolgen. Sleydo' wurde über zweieinhalb Tage von ihrer Anwältin, dem Richter und den Anwält*innen der gegnerischen Seite befragt. Dabei ging es u. a. um viele Detailfragen zur Regierungsstruktur und Lebensweise der traditionellen Wet'suwet'en Nation, zu ihrer Rolle als Sprecherin des Gidim'ten Checkpoints, zu ihrer Biografie und um die Ereignisse, die zu ihrer Verhaftung führten. Thematisiert wurden aber auch die für beide Angeklagten immer noch anhaltenden, emotionalen Belastungen – verursacht durch diskriminierende und einschüchternde Erfahrungen, Gewalt während ihrer Festnahme und Haft sowie während der Bauphase.

Ich war beeindruckt von Sleydo's Klarheit und Ruhe, mit der sie alle Fragen beantwortete, auch wenn die Erinnerung an etliche Ereignisse für sie ganz offensichtlich belastend waren. Viele Mitglieder der Wet'suwet'en und ihre Unterstützer*innen waren wie wir im Gerichtssaal anwesend, um gemeinsam unsere Solidarität mit den Angeklagten zum Ausdruck zu bringen und um die Regierung von British Columbia wissen zu lassen, dass wir als Amnesty International den Prozess genau verfolgen.

Bei der Fortsetzung des Prozesses im November ging es um die Befragung weiterer Zeugen der Polizei. In der Woche vom 9. bis zum 13. Dezember folgten dann die Abschlussplädoyers der beiden Anwält*innen von Sleydo' (Molly Wickham), Shaylynn Sampson und Corey (Jayochee) Jocko und das des Staatsanwalts. Es ist davon auszugehen, dass das Urteil im Februar 2025 verkündet wird.

Noch immer ist nicht klar, wann die Prozesse gegen weitere Angeklagte fortgesetzt werden.

PRINCE RUPERT GAS TRANSMISSION – GASPIPELINE-PROJEKT ERNEUT PRÜFEN UND STOPPEN!

Etwa 160 km weiter nördlich der Coastal GasLink Pipeline geht es um den Bau einer weiteren Gaspipeline, die durch das angestammte Land der dort lebenden indigenen Gitanyow und Gitxsan Nations führt. Amnesty International äußerte erhebliche Bedenken wegen Menschenrechts- und Umweltschutzverletzungen im Zusammenhang mit dem im August 2024 begonnenen Bauprojekt.

Weitere Informationen finden Sie auf der nächsten Seite in der Urgent Action, **die bis zum 6. Januar 2025 verlängert wurde.**

Sie können sich aber auch an der entsprechenden Online-Petition beteiligen.

Hier finden Sie den Link dazu:

<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/kanada-gaspipelineprojekt-stoppen-2024-11-22>

Marianne Kersten

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

IN EIGENER SACHE

UNSER GRUPPENFLYER!

Wer mehr über die Arbeit unserer Gruppe und zum Thema Menschenrechte und indigene Völker wissen möchte, kann unseren 6-seitigen Flyer anfordern. In kurzer Form gibt es Informationen zur Arbeitsweise der Gruppe, zur Definition und Situation indigener Völker sowie zum internationalen Menschenrechtsschutz.

Der Flyer kann kostenlos per E-Mail bestellt werden bei Barbara Hermanns, Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker:

barbara.hermanns@hamburg.de



URGENT ACTION

GASPIPELINE-PROJEKT ERNEUT PRÜFEN UND STOPPEN!

KANADA

UA-Nr: UA-099/2024 AI-Index: AMR 20/8768/2024 Datum: 20. November 2024 – mr

LANDVERTEIDIGER*INNEN mehrerer indigener Völker

Die Umweltverträglichkeitsprüfung für das Flüssiggas-Pipelineprojekt *Prince Rupert Gas Transmission* läuft am 25. November 2024 aus. Im Jahr 2014 bestätigte die Regierung die Umweltverträglichkeit, obwohl sie zu dem Schluss gekommen war, dass das Projekt erhebliche nachteilige Auswirkungen haben und die Treibhausgasemissionen erhöhen würde. Inzwischen wurde die Pipeline-Route, die durch das niemals abgetretene, angestammte Land mehrerer indigener Völker führt, geändert. Es droht eine unbefristete Verlängerung des Zertifikats über die Umweltverträglichkeit, was das Recht aller Menschen auf eine saubere, gesunde und nachhaltige Umwelt und die Lebensweise der Indigenen gefährden würde. Amnesty fordert eine Neubewertung mit vollumfänglicher Konsultation der First Nations entlang der Pipelinerroute.

Bei dem Projekt *Prince Rupert Gas Transmission* (PRGT) handelt es sich um eine 900 km lange Pipeline mit einem Durchmesser von 48 Zoll, durch die verflüssigtes Erdgas (LNG) von Hudson's Hope im Nordosten von British Columbia zu einer geplanten LNG-Exportanlage an der Nordwestküste von British Columbia transportiert werden soll, deren genauer Standort noch von der Provinzregierung bestätigt werden muss.

Das PRGT-Projekt birgt Risiken für die Menschenrechte und die Umwelt, sollte es auf der Grundlage einer zehn Jahre alten Umweltverträglichkeitsprüfung genehmigt werden. Die Provinz British Columbia muss eine neue Umweltverträglichkeitsprüfung für das Projekt durchführen, die der Klimaänderung Rechnung trägt und die Verpflichtungen der Provinz gemäß dem ratifizierten Gesetz zur UN-Erklärung über die Rechte der indigenen Völker (Declaration on the Rights of Indigenous Peoples Act) berücksichtigt.

Die von PRGT vorgeschlagene Trasse führt durch das niemals abgetretene, angestammte Territorium mehrerer First Nations. Als langjähriger Verursacher hoher Schadstoffemissionen hat Kanada eine besondere Pflicht, die Genehmigung neuer Projekte zur Förderung fossiler Brennstoffe zu stoppen. Die Regierungen von Kanada und British Columbia sind außerdem verpflichtet, vor der Genehmigung von Projekten umfassende und rechtzeitige Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen durchzuführen und diese den indigenen Völkern im Rahmen des Konsultationsprozesses vorzulegen, um deren freie, vorherige und informierte Zustimmung zu Aktivitäten, die sie betreffen, einzuholen.

Seit 2021 warnt die Internationale Energieagentur (IEA) immer wieder davor, dass neue Projekte für fossile Brennstoffe zu einem Anstieg der Treibhausgasemissionen führen und dem Ziel widersprechen würden, bis 2050 weltweit eine Netto-Null-Emission zu erreichen. Auch die Rahmenbedingungen haben sich seit der Umweltverträglichkeitsprüfung des Projekts im Jahr 2014 erheblich verändert. Seitdem hat die Provinz British Columbia strengere Luftqualitätsstandards und höhere Minderungsziele eingeführt. Die wirtschaftlichen und ökologischen Bedingungen haben sich verändert, und der Klimawandel schreitet zügig voran. Die kanadischen Flüsse sind wärmer und führen weniger Wasser, Lachse und andere Fisch- und Wildtierpopulationen sind stärker gefährdet, und häufigere Waldbrände haben zunehmende Auswirkungen auf die Region.

Besorgniserregend ist auch, dass mit dem Bau der PRGT-Pipeline begonnen wurde, obwohl die Pipeline noch keinen genehmigten Endpunkt hat. Die aktuelle Umweltverträglichkeitsprüfung basiert noch auf dem Verlauf der Pipeline mit einem Ende auf der Insel Lelu. Da dies nicht mehr der Fall ist und sich die Trasse der Pipeline im

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.
Urgent Actions
Sonnenallee 221 C · 12059 Berlin
T: +49 30 420248-0 · E: ua-de@amnesty.de · W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 · Bank für Sozialwirtschaft · BLZ 370 205 00
BIC: BFSWDE33XXX · IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



Falle der Verwirklichung des Projekts wahrscheinlich ändern würde, ist eine neue Umweltverträglichkeitsprüfung umso notwendiger.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Seit dem Baubeginn des Projekts im August 2024 haben sich zahlreiche First Nations, darunter die Gitanyow, Gitksan und Angehörige der Nisga'a, dagegen ausgesprochen, dass das Projekt auf der Grundlage von Umweltverträglichkeitsprüfungen, die über ein Jahrzehnt alt sind, genehmigt wird. Sowohl die Gitanyow als auch die Gitksan haben Blockaden entlang der geplanten Pipeline-Trasse errichtet, um den Bau zu verhindern. Gegen das PRGT-Projekt sowie gegen das geplante LNG-Terminalprojekt Ksi Lisims wurden mehrere Klagen angestrengt.

Die Regierungen von Kanada und der Provinz British Columbia sind verpflichtet, die Genehmigung neuer Projekte zur Förderung fossiler Brennstoffe zu stoppen und vor der Genehmigung von Projekten umfassende und rechtzeitige Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfungen durchzuführen. Diese müssen den indigenen Völkern im Rahmen des Konsultationsprozesses zur Verfügung gestellt werden, um ihre freie, vorherige und informierte Zustimmung einzuholen. Die Regierungen sind verpflichtet, die indigenen Völker mittels der von ihnen selbst gewählten Vertretungsinstitutionen zu konsultieren und nach Treu und Glauben mit ihnen zusammenzuarbeiten, um ihre freie und informierte Zustimmung einzuholen, bevor sie ein Projekt genehmigen, das sich auf indigene Territorien und ihre Ressourcen auswirkt. Die Anhörungspflicht sollte ein ständiger Prozess des Dialogs und der Verhandlung sein, der sich über den gesamten Verlauf eines Projekts erstreckt, von den frühesten Phasen der Projektplanung bis hin zur Durchführung und Nachbereitung.

SCHREIBEN SIE BITTE

E-MAILS, FAXE UND LUFTPOSTBRIEFE MIT FOLGENDEN FORDERUNGEN

- Ich fordere Sie auf, dafür zu sorgen, dass eine neue Umweltprüfung des PRGT-Projekts erfolgt und dass mit allen betroffenen indigenen Völkern entlang der Pipelinerroute umgehend ein transparenter Konsultationsprozess durchgeführt wird, der mit den nationalen und internationalen Menschenrechtsnormen im Einklang steht.

ACHTUNG! Bitte prüfen Sie auf der Website der Deutschen Post unter „Aktuelle Informationen und Hinweise“, ob die Briefzustellung in das Zielland ungehindert möglich ist. Falls nicht, senden Sie Ihre Appellschreiben bitte auf elektronischem Weg. Appelle in Papierform können außerdem an die Botschaft des Ziellandes in Deutschland geschickt werden.

APPELLE AN

PREMIER VON BRITISH COLUMBIA

Honourable David Eby
Premier of British Columbia
PO Box 9041 Stn Prov Govt
Victoria, V8W 9E1
British Columbia
KANADA

(Anrede: Dear Premier Eby / Sehr geehrter Premier)

KOPIEN AN

BOTSCHAFT VON KANADA

Frau Evelyne Coulombe
Geschäftsträgerin a.i.
Leipziger Platz 17
10117 Berlin
Fax: 030-20 31 25 90
E-Mail: brlin@international.gc.ca

MEXIKO

ZAPATISTISCHEM DORF IM BUNDESSTAAT CHIAPAS DROHT DIE GEWALTSAME RÄUMUNG

Im mexikanischen Bundesstaat Chiapas wird das Dorf „6 de Octubre“, das unter der Verwaltung der „Zapatistischen Armee der Nationalen Befreiung“ (EZLN) steht, von bewaffneten Angreifern bedroht. Dem am Rande des lakandonischen Urwaldes liegenden Dorfes wurde mehrfach mit der gewaltsamen Vertreibung gedroht. Laut dem Menschenrechtszentrum „Frayba“ begannen ca. 100 bewaffnete Personen, die laut Angaben der „EZLN“ mutmaßlich aus der benachbarten Gemeinde „Nueva Palestina“ stammen, am 23. September 2024 damit, im Dorf Hütten zu errichten und anschließend die Anwohner*innen des Dorfes zu überwachen und zu bedrohen.

Die Zapatisten sehen die Verantwortung für die Bedrohung bei der Dorfbehörde „Nueva Palestinas“ und deren angebliche Verbindungen zum organisierten Verbrechen. Verhandlungen zwischen der „EZLN“ und den Behörden „Nueva Palestinas“ scheiterten. Laut der Verwaltung „Nueva Palestinas“ wird die anstehende Vertreibung der Dorfbewohner*innen aus „6 de Octubre“ unter anderem von der Landesregierung Chiapas unterstützt.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Die „Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung“ (EZLN) ist eine Organisation im südlichen Bundesstaat Chiapas, der mehrheitlich Indigene angehören und die sich unter anderem für mehr Rechte und Selbstverwaltung der indigenen Bevölkerung starkmachte. Am 1. Januar 1994 startete die EZLN als Reaktion auf das Nordamerikanische Freihandelsabkommen „Nafta“ einen bewaffneten Aufstand und besetzte mehrere Städte und Gemeinden. Nach der Verhandlung eines Waffenstillstandes zogen sich die Aufständischen zurück. Ihnen waren weitgehende Autonomierechte, die in der Verfassung verankert werden sollten, zugesprochen worden. Diese Zusagen wurden allerdings nie umgesetzt. Infolgedessen errichteten die Zapatisten im Osten des Bundesstaates de-facto autonome Verwaltungszonen, deren Strukturen bis heute bestehen.

Quellen:

<https://amerika21.de/2023/11/266925/zapatistas-mexiko-neue-struktur>

<https://amerika21.de/2024/10/271996/ezln-warnt-vor-angriff-auf-gemeinde>

<https://radiozapatista.org/?p=49205>

Mario Alfa

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

An der Urgent Action auf der Folgeseite können Sie sich gern auch online beteiligen. Den Link dazu finden Sie hier:

<https://www.amnesty.de/mitmachen/urgent-action/mexiko-menschenrechtsverteidigerin-verschwunden-2024-10-23>

URGENT ACTION

MENSCHENRECHTSVERTEIDIGERIN VERSCHWUNDEN

MEXIKO

UA-Nr: UA-092/2024 AI-Index: AMR 41/8667/2024 Datum: 22. Oktober 2024 – as

SANDRA ESTÉFANA DOMÍNGUEZ MARTÍNEZ

Die mexikanische Menschenrechtsverteidigerin Sandra Domínguez und ihr Mann, Alexander Hernández, sind Opfer des Verschwindenlassens geworden. Wie Angehörige von Sandra Domínguez dem Büro der Generalstaatsanwaltschaft des mexikanischen Bundesstaats Oaxaca mitteilten, wurden sie und ihr Mann zuletzt am 4. Oktober 2024 in ihrem Haus in María Lombardo de Caso in der Gemeinde San Juan Cotzocón im Süden von Oaxaca gesehen. Die mexikanischen Behörden müssen alle erforderlichen Schritte ergreifen und alle zur Verfügung stehenden Ressourcen nutzen, um Sandra Domínguez zu finden – und zwar in Abstimmung mit ihren Angehörigen und allen für die Suche verantwortlichen Stellen. Die für das Verschwindenlassen Verantwortlichen müssen zur Rechenschaft gezogen werden.

Die indigene mexikanische Anwältin und Menschenrechtsverteidigerin Sandra Domínguez ist seit dem 4. Oktober 2024 „verschwunden“. Sie und ihr Mann Alexander Hernández wurden zuletzt in ihrem Haus im Bundesstaat Oaxaca gesehen. Den lokalen Behörden zufolge wurde das Fahrzeug der Opfer später im benachbarten Bundesstaat Veracruz gefunden, wo die Behörden und Sicherheitskräfte ebenfalls nach den beiden suchen.

Sandra Domínguez vertritt Fälle von Gewalt gegen Frauen vor Gericht. 2020 hat sie die örtlichen Behörden angeprangert, weil Beamte intime Bilder von indigenen Frauen geteilt hatten.

Die Angehörigen von Sandra Domínguez, die den Behörden ihr Verschwinden am 8. Oktober mitgeteilt haben, fordern von diesen eine wirksame und rasche Suche, um sie lebend zu finden. Außerdem fordern sie die Gewährleistung ihres Rechts, auch selbst suchen zu dürfen.

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Sandra Domínguez ist eine indigene Menschenrechtsverteidigerin der Ayuuk (Mixe) aus Oaxaca, einem Bundesstaat im Süden Mexikos. Sie ist Anwältin und vertritt Fälle von Gewalt gegen Frauen vor Gericht. 2020 hat sie eine WhatsApp-Gruppe von Beamten des Bundesstaats Oaxaca öffentlich angeprangert. In dem Gruppenchat wurden intime Bilder indigener Frauen geteilt. Auch Sandra Domínguez gehörte zu denen, deren Bilder weitergegeben wurden. Sie reichte Strafanzeige gegen einen der am Chat beteiligten Beamten ein.

Die Anzahl vermisster oder „verschwundener“ Personen ist in Mexiko nach wie vor hoch. Im Jahr 2024 registrierte die Nationale Suchkommission (CNB) mindestens 10.228 neue Meldungen zu vermissten oder verschwundenen Personen. Nach offiziellen Angaben wurden zwischen 1952 und Oktober 2024 insgesamt 116.615 Personen als vermisst oder verschwunden registriert.

Das Verschwindenlassen von Menschen bringt Familien, Angehörige und Gemeinschaften dazu, nach den Vermissten zu suchen. Doch diejenigen, die nach verschwundenen oder vermissten Personen suchen, sind ernsthaften Risiken ausgesetzt. Sie laufen Gefahr, selbst dem Verschwindenlassen zum Opfer zu fallen, getötet, unterdrückt oder bedroht zu werden. In dem Bericht „Searching Without Fear: International Standards for protecting women searchers in the Americas“ verweist Amnesty International auf internationale Menschenrechtsnormen, nach denen die Suche nach Menschen, die Opfer des Verschwindenlassens wurden, ein Recht ist. Angesichts der Tatsache, dass die meisten Suchenden in Nord- und Südamerika Frauen sind, geht der Bericht auch auf die internationalen Verpflichtungen der Staaten ein, diese vor den besonderen Risiken, Bedrohungen und Angriffen zu schützen, denen sie als Frauen ausgesetzt sind.

AMNESTY INTERNATIONAL Deutschland e. V.

Urgent Actions

Sonnenallee 221 C · 12059 Berlin

T: +49 30 420248-0 · F: +49 30 420248-321 · E: ua-de@amnesty.de · W: www.amnesty.de/ua

SPENDENKONTO 80 90 100 · Bank für Sozialwirtschaft · BLZ 370 205 00

BIC: BFSWDE33XXX · IBAN: DE23370205000008090100

**AMNESTY
INTERNATIONAL**



TANSANIA

DIE ROLLE DER UNTERNEHMEN BEI ZWANGSRÄUMUNGEN IN LOLIONDO

Amnesty International hat am 7. August 2024 den Bericht „*Business as usual in bloodied land? Die Rolle von Unternehmen bei Zwangsräumungen in Loliondo, Tansania*“ veröffentlicht. Der Bericht zeigt, dass die tansanische Regierung den Naturschutz als Grund für die Vertreibung der Massai-Gemeinschaft angibt. Der Staat trifft weiterhin Entscheidungen, die das traditionelle Land der Massai betreffen, das ihnen gehört und von ihnen genutzt wird, ohne sie zu konsultieren oder zu beteiligen. Gleichzeitig wird das Land an private Unternehmen verpachtet. Der Bericht zeigt weiter, wie die Ortello Business Corporation (OBC), ein Unternehmen für Trophäenjagd aus den VAE (Vereinigte Arabischen Emirate), an der gewaltsamen Vertreibung der Massai-Gemeinschaften beteiligt ist, indem sie unter anderem von tansanischen Sicherheitskräften unterstützt wird.

Es werden die dort tätigen Unternehmen aufgefordert, die Rechte der Massai zu respektieren, ihre Sorgfaltspflicht in Bezug auf die Menschenrechte zu erfüllen und Abhilfe zu schaffen, wenn festgestellt wird, dass ihre Geschäftstätigkeit negative Auswirkungen auf die Rechte der Massai hat oder dazu beiträgt.

Amnesty stellte fest, dass das Gebiet nun eingezäunt und als Pololeti-Wildreservat gekennzeichnet war. 3 Tourismusunternehmen sind in dem Gebiet tätig. Es wurden mindestens 3 Camps für Trophäenjagd eingerichtet.

Der Bericht basiert auf dem Amnesty-Report vom Juni 2023 „Wir haben alles verloren“, (siehe auch unseren Rundbrief Dezember 2023) und auf einem Besuch im April 2024 in der Region Arusha. Dort befragte Amnesty diverse Personen, die in die internen Abläufe der Unternehmen eingeweiht waren.

Der Bericht von Amnesty International kommt nur wenige Tage nach der Veröffentlichung eines Berichts von Human Rights Watch, in dem es ebenfalls heißt, dass die Massai in Loliondo ohne ihre Zustimmung gewaltsam vertrieben werden.

Lesen Sie hier mehr: <https://www.amnesty.org/en/documents/afr56/8320/2024/en/>

[https://www.amnestyusa.org/reports/business-as-usual-in-bloodied-land-role-of-businesses-in-forced-
evictions-in-loliondo-tanzania/](https://www.amnestyusa.org/reports/business-as-usual-in-bloodied-land-role-of-businesses-in-forced-evictions-in-loliondo-tanzania/)

Tanzania: Private businesses complicit in forced evictions of Maasai communities by authorities - Amnesty International

MASSAI DEMONSTRIERTEN UNTER ANDEREM GEGEN STREICHUNG IHRER DÖRFER AUS DEM WÄHLERVERZEICHNIS

Seit dem 18. August demonstrierten etwa 20.000 Massai mehrere Tage gegen die Verweigerung von Grundrechten wie Bildung, Gesundheitsversorgung, Wasser und soziale Dienstleistungen, gegen Diskriminierung und den Verlust des Landes ihrer Vorfahren im Distrikt Ngorongoro. Der Protest richtete sich außerdem gegen den Umsiedlungsplan der Regierung, der darauf abzielt, 110.000 Massai von Ngorongoro nach Msomera, Sauni und Kitwai umzusiedeln – über 600 Kilometer von ihrem angestammten Land entfernt. Die Regierung argumentiert, dass die Umsiedlung unerlässlich, aber freiwillig sei, um das Ngorongoro-Schutzgebiet, das zum UNESCO-Weltkulturerbe gehört, zu erhalten. Tatsächlich handelt es sich um eine geplante Zwangsumsiedlung und gewaltsame Vertreibung. Seit 2022 sind aber nur ca. 8.300 Einwohner umgezogen.

Ausführliche Informationen über die Vertreibung und geplante Zwangsumsiedlung der Massai können dem Amnesty-Report vom 5. Juni 2023 „We have lost everything“ entnommen werden unter: <https://www.amnesty.org/en/documents/afr56/6841/2023/en/>.

Der Protest wurde vor allem auch dadurch ausgelöst, dass den Massai aufgrund dieses Umsiedlungsplans mit Regierungsbekanntmachung Nr. 673 vom 2. August 2024 das Wahlrecht für die Kommunalwahl am 27. November 2024 entzogen und das Wählerverzeichnis aktualisiert wurde. Außerdem sollten 11 Bezirke, 25 Dörfer und 96 Unterdörfer formal aufgelöst werden als Teil der Umstrukturierung, um die Zwangsumsiedlung voranzutreiben.

Am 3. August 2024 hielten Massai-Sprecher und Einwohner dazu eine Pressekonferenz ab und protestierten dagegen, dass die gesamte Division Ngorongoro mit 110.000 Einwohnern bei den Kommunalwahlen nicht in den üblichen Wahllokalen wählen könnte. Die Unabhängige Nationale Wahlkommission (INEC) hat die Namen der Wähler von Ngorongoro nach Msomera übertragen, wo sie nicht leben und was die Wahl unmöglich gemacht hätte.

Dies wurde als verfassungswidrig kritisiert und würde die Rechte und Lebensgrundlagen der Massai-Gemeinschaften ernsthaft gefährden, die sich geweigert haben, in andere Gebiete umzusiedeln.

Am 16. September 2024 gab der zuständige Staatsminister bekannt, dass die Regierung die Entscheidung zur Streichung der Ngorongoro-Dörfer vom 2. August 2024 revidiert hat und die Massai in ihren Wahllokalen an den bevorstehenden Kommunalwahlen am 27. November 2024 teilnehmen können. Mit der Bekanntmachung wurden die Dörfer in Ngorongoro wiederhergestellt, die mit der Regierungsbekanntmachung Nr. 673 vom 2. August 2024 aufgelöst worden waren.

Die Regierung erklärte sich außerdem bereit, den Zugang zu sozialen und wirtschaftlichen Diensten sicherzustellen, die den Bedürfnissen der Massai entsprechen.

Anlässlich des Menschenrechtstags am 10. Dezember 2024 äußerten die Botschaften Irlands, Norwegens und Schwedens ihre Besorgnis über Unregelmäßigkeiten, Verschwindenlassen und Gewalt vor und während der Kommunalwahlen am 27. November 2024. Die Regierungspartei CCM gewann 99,1 % der Sitze. Joseph Moses Oleshangay, Menschenrechtsaktivist und Anwalt, der sich seit Jahren für die Rechte der Massai einsetzt, erklärte, dass die Wahlen weder frei noch fair verliefen.

Rosie Hofstetter

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

DR KONGO

NEUE ENTWICKLUNGEN IM KONGO-BECKEN

In der Demokratischen Republik Kongo sind die Rechte indigener Völker weiterhin bedroht. Grund dafür ist eine instabile politische und militärische Lage sowie die aus diesem Machtvakuum resultierenden Folgen für die Bevölkerung allgemein.

Die von der Regierung angekündigten Ölbohrungen im Kongo-Becken, die zu massiven Umweltschäden führen würden, haben sich seit dem letzten Jahr mangels Interesse großer Ölfirmen nicht konkretisiert. Der aufwändige Aufbau der nötigen Infrastruktur ist noch Hürde genug, um diesen Prozess aufzuhalten. Nur die Firma Perenco scheint noch das Projekt weiterführen zu wollen.¹ Wie sich ihre Pläne angesichts der neuen Offshore-Öl-Entdeckungen entwickeln werden, bleibt abzusehen.² Zunächst ist die Aufmerksamkeit aber auf die Küste und nicht auf den Kongo-Becken gerichtet, sodass die dort ansässigen indigenen Völker (noch) nicht direkt bedroht sind.

Positiv zu verzeichnen ist, dass die wissenschaftliche Forschung des Kongo-Beckens weiter voranschreitet, sodass die Hoffnung besteht, dass dank sich häufender Belege zur Unverzichtbarkeit dieses ökologischen Habitats seine weitere Ausbeutung und Entwaldung in der Zukunft schwieriger zu begründen sein werden. Schon der WWF hat einen Bericht über die beeindruckende Vielfalt an Lebewesen veröffentlicht, die noch heute im Kongo-Becken entdeckt werden.³ Darüber hinaus haben die University of Leeds und die University of Kinshasa die sogenannte Congo Basin Science Initiative ins Leben gerufen, um weitere naturwissenschaftliche Forschung zu fördern und die neuen Generationen an Wissenschaftlern daran teilhaben zu lassen.⁴

Trotz dieser positiven Signale bleibt die Lage in der DR Kongo überwiegend instabil. Die militärische Auseinandersetzung mit den M23-Rebellen hinterlässt eine lange Spur an Zerstörung, wobei die Rebellen sich wohl in Richtung Bodenschätze bewegen, sodass ein Ende der Gewalt nicht in Sicht ist.⁵

¹ Siehe https://www.greenpeace.org/africa/en/press/53606/congo-oil-auction-perenco-is-interested-local-communities-want-it-out/?utm_campaign=Oil%20blocks%20DRC&utm_medium=email&_hsmi=281689932&utm_content=281689932&utm_source=hs_email (zuletzt aufgerufen am 08.12.2024).

² Siehe <https://www.offshore-energy.biz/first-offshore-oil-discovery-in-three-decades-springs-up-in-congo/> (zuletzt abgerufen am 08.12.2024).

³ Siehe den Bericht hier: <https://wwfafrica.awsassets.panda.org/downloads/new-life-in-the-congo-basin-2024.pdf> (zuletzt abgerufen am 08.12.2024).

⁴ Siehe <https://www.leeds.ac.uk/main-index/news/article/5692/protecting-the-vulnerable-congo-basin> (zuletzt abgerufen am 08.12.2024).

⁵ Siehe <https://www.dw.com/de/dr-kongo-m23-rebellen-folgen-der-spur-der-mineralien/a-70712433> (zuletzt abgerufen am 08.12.2024).

Die medizinische Versorgung der Bevölkerung ist angesichts hoher Fälle von Affenpocken,⁶ einer mittlerweile akuten Hungergefahr laut UN-Behörden⁷ und einer unbekanntenen neuen Krankheit⁸ nicht gewährleistet.

In diesem Kontext ist eine effektive Unterstützung indigener Bevölkerungsgruppen sehr schwierig. Trotzdem geben die positiven Entwicklungen in der naturwissenschaftlichen Recherche, die hoffentlich in der Praxis die Belange indigener Völker gebührend berücksichtigen werden, Hoffnung für eine neue Wende.

Francesca Mazzali

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

AI-BROSCHÜRE ZU INDIGENEN

Indigene und Menschenrechte – die 16-seitige Amnesty-Broschüre gibt einen kurzen Einblick in das Thema Indigene Völker und Problematik von Landkonflikten. Einige Regierungen haben zwar die Rechte ihrer indigenen Bevölkerung in ihren Verfassungen verankert, trotzdem werden deren Kollektivrechte auf ihr angestammtes Land den wirtschaftlichen Interessen von Konzernen und Staaten untergeordnet. Die Broschüre zeigt Beispiele u. a. aus Brasilien, Bolivien, Ecuador und Indien.



Die Broschüre kann kostenlos bezogen werden bei Barbara Hermanns, Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker: barbara.hermanns@hamburg.de

⁶ Siehe <https://www.devdiscourse.com/article/health/3156530-congos-struggle-amid-mpox-vaccine-shortage> (zuletzt abgerufen am 08.12.2024).

⁷ Siehe <https://www.fao.org/newsroom/detail/democratic-republic-of-the-congo--fao-urges-greater-focus-on-humanitarian-needs-of-vulnerable-populations-and-implementation-of-at-scale-programming-to-strengthen-resilience-against-recurrent-shocks/en> (zuletzt abgerufen am 08.12.2024).

⁸ Siehe <https://apnews.com/article/congo-mystery-disease-0df7a70c8830783bb15e66d47ad48de4> (zuletzt abgerufen am 08.12.2024).

BANGLADESCH

AKTUELLE ENTWICKLUNGEN

Am 5. August 2024 kam es zu großen politischen Umwälzungen. Die Premierministerin Sheikh Hasina floh nach Indien, nachdem Polizei und paramilitärische Kräfte brutal gegen Demonstrierende vorgegangen waren, die seit Anfang Juli zunächst gegen eine Quotenregelung demonstrierten und im Verlauf den Rücktritt der Premierministerin forderten. Am 8. August wurde eine Interimsregierung unter dem Vorsitz des Chefberaters Muhammad Yunus eingesetzt. Nach Angaben der Interimsregierung wurden von Mitte Juli bis Anfang August deutlich über 600 Menschen getötet. Andere Quellen nennen Zahlen von 1000 bis 1500 Toten, Tausende Menschen wurden verletzt und über 10.000 verhaftet.

Muhammad Yunus berief einen indigenen Berater in die Interimsregierung, der von einigen indigenen Sprecher*innen jedoch nicht als geeignet angesehen wird, ihre Interessen zu vertreten. Muhammad Yunus besuchte am 25. August 2024 die Chittagong Hill Tracts, CHT, und bezeichnete in seiner Rede die Indigenen als Bürger*innen des Landes. Unter der Regierung von Sheikh Hasina war es verboten, den Begriff „indigen“ zu verwenden. Michael Chakma, ein indigener Sprecher einer lokalen Partei in den CHT, der seit 2018 „verschwunden“ war, wurde aus einem Geheimgefängnis entlassen. Der Chefberater hat das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen unterzeichnet. Zudem hat er Reformkommissionen eingesetzt, in die bisher jedoch nur ganz vereinzelt Vertreter*innen von Minderheiten oder Frauen berufen wurden. Indigene sollen wohl Thema unter der Beratung zu den SDGs, Sustainable Development Goals, sein.

Auch nach dem Umbruch gab es Gewalt gegen Indigene in den CHT. So wurden am 19. und 20. September in Khagrachari und Rangamati vier Indigene von bengalischen Siedlern getötet und Häuser, Geschäfte und ein Tempel in Brand gesetzt, ohne dass Sicherheitskräfte eingeschritten wären. Aus Protest gegen die Brandanschläge errichteten indigene Jugendliche in einigen Gebieten in Khagrachari Straßenblockaden. Um die Blockaden zu räumen, schossen Militärangehörige auf sie und verletzten einige. Zudem dokumentierte die Chittagong Hill Tracts Commission im September eine Gruppenvergewaltigung und zwei versuchte Vergewaltigungen indigener Frauen und Mädchen durch Siedler.

Siehe hierzu auch:

IWGIA, 20.09.2024 [Joint Statement on Violent attacks on Indigenous Jummo People in Bangladesh](#)

IWGIA, 08.10.2024 [Joint Statement: Call for Urgent Action on Repeated Violence in CHT](#)

Ruth Oelgeklaus
Koordinationsgruppe Bangladesch

INDIEN

KURZER ÜBERBLICK ÜBER RELEVANTE ENTWICKLUNGEN, DIE INDIENS INDIGENE BETREFFEN

Eine neue Studie¹ hat herausgefunden, dass Kinder unter fünf Jahren aus indigenen Gruppen und marginalisierten Kasten signifikant öfter zu klein für ihr Alter sind. Dies gilt gemeinhin als Indiz für Mangelernährung. Diese kann zu gesundheitlichen Problemen führen, vor allem beeinträchtigt sie in jungen Jahren die Entwicklung des Gehirns. Die enormen Ungleichheiten in Indien erklären auch, warum das vermeintlich reichere Land in diesem Indikator schlechter abschneidet als die meisten Staaten in Subsahara-Afrika.²

Manipur – Der Konflikt, der sich seit über anderthalb Jahren in Manipur abspielt,³ ist ab dem 07.11.2024 im zuvor vom Konflikt weitgehend verschonten Distrikt Jiribam erneut eskaliert. Hier wurde ein Dorf der indigenen Hmar⁴ von der majoritären Miliz Arambai Tenggol angegriffen und eine Lehrerin getötet. Seither kamen mindestens 21 Menschen ums Leben, darunter sowohl Indigene, die von Sicherheitskräften erschossen wurden, als auch nicht-indigene Zivilistinnen, die wohl von bewaffneten Gruppen entführt und ermordet wurden.⁵ Mehrere Häuser der Hmar wurden in Brand gesteckt.⁶ Auch Vorwürfe, dass Vergewaltigung als Waffe genutzt wird, werden derzeit in Jiribam erhoben.⁷ Im vergangenen Jahr hatte ein im Internet verbreitetes Video von der Vergewaltigung und öffentlichen Demütigung zweier indigener Frauen kurzzeitig etwas Aufmerksamkeit auf den sonst oft übersehenen Konflikt gezogen.⁸

Obwohl die Regierung die Militärpräsenz in Manipur drastisch erhöht und den kontroversen Armed Forces Special Powers Act (AFSPA) wieder für Teile Manipurs in Kraft gesetzt hat, konnte der Konflikt bisher nicht beendet werden. Auch Gespräche zwischen den Konfliktparteien finden derzeit nicht statt.

¹ Ashwini Deshpande und Rajesh Ramachandran 2024: [The Hidden Divide – A Note on the Significance of Within-India Stunting Disparities](#), in: Journal of Economics, Race, and Policy, online publiziert, 26.10.2024.

² Für eine Zusammenfassung vgl. Soutik Biswas 2024: [The missing puzzle piece in India's child stunting crisis](#), bei: BBC-News, 15.11.2024.

³ Wir haben bereits im [Rundbrief vom Juni 2023](#) über den Konflikt, seine Entstehung und Hintergründe berichtet.

⁴ Die Hmar werden oft der übergeordneten Gruppe der Kuki-Zomi zugerechnet.

⁵ Vgl. u.a. The Indian Express 2024: [3 Things \(Podcast\) – What the latest violence in Manipur reveals about its crisis](#).

⁶ Vgl. Sukrita Baruah 2024: [A small Maipuri village had escaped the brunt of violence. A surprise attack there has now put the state on edge](#), bei: Indian Express, 19.11.2024.

⁷ Vgl. u.a. The Indian Express 2024.

⁸ Siehe z. B. Divya Arya 2023: [Manipur women in naked assault video 'will not give up'](#), bei: BBC News, 10.11.2023.

AFSPA wird immer wieder als inkompatibel mit Indiens menschenrechtlichen Verpflichtungen kritisiert, da es Menschenrechtsverletzungen durch die Sicherheitskräfte ermögliche und diese vor Rechenschaft schütze.⁹

Andamanen und Nikobaren – Auf der Insel Great Nicobar ist ein großes sogenanntes „Entwicklungsprojekt“ geplant. Hierbei soll die bisher dünn besiedelte Insel zu einem Knotenpunkt für Handel, Wirtschaft und Militär werden. Derzeit leben auf vielen der hierbei „verplanten“ Gebieten die indigenen Shompen, eine kleine, weitgehend unkontaktierte Gruppe, die zu diesem Projekt nicht konsultiert wurde.¹⁰ Die Organisation Survival International hat mehrere akademische Expertinnen und Experten versammelt, die im Februar 2024 in einem offenen Brief an die indische Regierung davor warnten, dass Projekt könne zu einem „Genozid“ an den Shompen führen.¹¹

Chhattisgarh – Weiterhin sind Teile des Bundesstaats stark militarisiert (insbesondere der Distrikt Bastar), es kommt immer wieder zu Feuergefechten zwischen Maoisten und Regierungstruppen. Dabei geraten die Indigenen der Region immer wieder zwischen die Fronten. 2024 kam es zu den meisten Tötungen seit vielen Jahren, was vor allem auf ein rabiateres Vorgehen der neuen Regierung Chhattisgarhs zurückgeführt und in der indischen Presse als Erfolg dargestellt wird.¹² Angehörige einer getötenen Indigenen berichten, sie sei von Sicherheitskräften zuvor aus ihrem Haus verschleppt und anschließend ermordet worden. Sie sei taub gewesen und sei gar nicht zur Unterstützung der Maoisten in der Lage.¹³ Vorwürfe, dass Indigene ermordet würden, um vermeintliche Erfolge bei der Bekämpfung der Maoisten zu präsentieren, werden immer wieder erhoben, häufen sich aber derzeit. Indigene Frauen berichten auch von sexueller Gewalt durch Sicherheitskräfte. Aktivistinnen, wie Soni Sori, stellen dies als systematischen Versuch dar, die Indigenen von ihrem Land zu vertreiben.¹⁴ Untersucht wird vermeintliches Fehlverhalten der Sicherheitskräfte jedoch höchst selten.

Bei den nationalen Parlamentswahlen dieses Jahr versprach die wiedergewählte BJP erneut eine Intensivierung des Vorgehens, um die maoistischen Gruppen zu zerschlagen. Es ist also davon auszugehen, dass die kommenden Jahre erneut viele indigene Leben fordern werden. Aktivistinnen, die sich für indigene Rechte einsetzen, sind ebenfalls oft Repressionen durch die Sicherheitskräfte ausgesetzt. Im Juni wurde die Aktivistin Suneeta Pottam verhaftet, die sich bereits seit ihrer Jugend gegen außergesetzliche Tötungen und für eine juristische Aufarbeitung derselben in ihrem Staat einsetzte. Unter den strengen Vorgaben der indischen Antiterrorgesetze wurden weder ihr noch ihrem juristischen Beistand die Details der Anklage mitgeteilt.¹⁵ Ihr Fall ist keinesfalls einzigartig, sondern passt erschreckend gut in ein etabliertes Muster der Unterdrückung kritischer Stimmen.

⁹ [Amnesty](#) und [Human Rights Watch](#) haben die indische Regierung wiederholt dazu aufgerufen, AFSPA aufzuheben.

¹⁰ Vgl. Survival International o.J.: [The Shompen – „Do not come near our hills“](#).

¹¹ Der Brief und die Liste der Unterzeichnenden ist [hier](#) einsehbar.

¹² Vgl. u.a. Ashutosh Acharya 2024: [Explained – What’s behind the skyrocketing maoist killings this year](#), bei: India Today, 19.07.2024.

¹³ Vgl. Shreya Raman 2024: [Those Killed Include Innocents, Say Adivasis Of Recent Anti-Naxal Operation In Bastar](#), bei: Behan Box, 18.04.2024.

¹⁴ Vgl. Raman 2024.

¹⁵ Vgl. Sukanya Shantha 2024: [Who Is Suneeta Pottam, the Tribal Rights Activist Picked up for Unknown Cases Earlier This Month?](#), bei: The Wire, 10.06.2024.

Im Oktober verstarb der Menschenrechtsverteidiger G.N. Saibaba. Wie viele andere indische Aktivistinnen und Aktivisten¹⁶ wurde ihm vorgeworfen, Kontakte zu einer maoistischen Guerillagruppe zu pflegen. Er wurde unter dem drakonischen „Unlawful Activities Prevention Act“, einem Gesetz zur Terrorbekämpfung, inhaftiert. Die indischen Behörden verwenden dieses regelmäßig, um kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen. Zuvor hatte Saibaba das Vorgehen des indischen Militärs in von Indigenen bewohnten Gebieten Zentralindiens als Versuch dargestellt, die Menschen zu vertreiben, um auf die Bodenschätze der Gegend zugreifen zu können.¹⁷ Im Fall Saibabas brauchte es 10 Jahre, bis ein Gericht die prozeduralen Mängel seiner Verhaftung und die unzureichende Beweislage feststellte und seine Freilassung anordnete.

Im März bezeichnete Aakar Patel, Menschenrechtsaktivist und von 2015 bis 2019 Geschäftsführer von Amnesty International Indien, diese Freilassung noch als „Triumph der Gerechtigkeit über anhaltende Repression“. Patel kritisierte Saibabas Inhaftierung als politisch motiviert. Sie sei eine Strafe für dessen Aktivismus für Indigene und Dalits gewesen.¹⁸ Saibaba, der seit seiner Kindheit auf einen Rollstuhl angewiesen war und aufgrund seiner Behinderung Unterstützung bei alltäglichen Aufgaben brauchte,¹⁹ überlebte in seiner Haft zwei Covid-Erkrankungen und erlitt aufgrund der Haftbedingungen weitere, schwere gesundheitliche Einschränkungen. Der im selben Prozess angeklagte indigene Aktivist Pandu Narote starb bereits 2022 in Haft, da eine Infektion nicht angemessen behandelt wurde.

Saibaba starb sieben Monate nach seiner Freilassung im Rahmen eines Routineeingriffs. Ihm nahestehende Quellen sprechen aufgrund seines Gesundheitszustands von staatlichem Mord.²⁰ Saibaba hatte noch während seiner Haft Parallelen seines eigenen Falls zu dem des 2021 in Haft verstorbenen Aktivist Stan Swamy betont,²¹ worüber wir bereits im Rundbrief November 2020, S. 57 ff., berichtet hatten (s. <https://amnesty-indigene.de/publikationen-theko-indigene/>).

David Weiß

Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

¹⁶ Siehe u.a. den Fall der „Bhima Koregaon 16“. Eine ausführliche Sammlung von Quellen und Details zu diesen findet sich bei der [Länderkategorie Indien](#).

¹⁷ Vgl. Anjana Meenakshi 2022: [Covid, thoughts of Stan Swamy, literature – Life of DU prof GN Saibaba in jail](#), bei: The Siasat Daily, 13.01.2022.

¹⁸ Vgl. Amnesty International 2024: [India – Re-acquittal of human rights defender G.N. Saibaba is a triumph of justice over continued repression](#), 05.03.2024.

¹⁹ Siehe u.a. United States Commission on International Religious Freedom 2024: [Gokarakonda Naga Saibaba](#).

²⁰ Apoorvanand 2024: [G.N. Saibaba's death is an injustice](#), bei: Frontline, 13.10.2024.

²¹ Vgl. Meenakshi 2022.

INDONESIEN

DER KAMPF UM DEN ERHALT DES KENDENG- GEBIRGES

„Wir werden unseren Kampf fortsetzen, um den Bau der Zementfabrik in unserem Dorf zu verhindern. Das Land ist ein Erbe unserer Vorfahren. Es ist für die Landwirtschaft, um unsere Kinder und Enkelkinder zu ernähren. Die Kendeng-Berge sind zudem ein wichtiges Wasserreservoir, und der Kalksteinabbau wird dieses Wasserreservoir beschädigen“, erklärte vor vielen Jahren die Gemeindevertreterin Suparmi aus dem Dorf Tambakromo, welches zum indonesischen Regierungsbezirk Pati in Zentraljava gehört.

Suparmi gehört zur indigenen Gemeinschaft Sedulur Sikep, die im Kendeng-Gebirge leben. Sie verfügen über eine tiefe kulturelle Verbindung zu diesem Gebiet. Für sie sind die Berge heilig. Diese Gemeinschaft ist auf eine nachhaltige Landwirtschaft angewiesen. Außerdem wird das Gebiet als ein natürlicher Klimaschützer angesehen. Es handelt sich um eine Karstlandschaft, welche hohe Mengen an Kohlenstoffdioxid speichern kann. Der Abbau von Kalkstein bringt nicht nur die Zerstörung der Biodiversität und des gesamten Gebietes mit sich, sondern gefährdet die Lebensgrundlage der einheimischen Bevölkerung inklusive der indigenen Gemeinschaft. Bis zu 200.000 Menschen könnten von den negativen Auswirkungen betroffen sein.

Seit mehr als 10 Jahren befinden sich die dort lebenden Menschen im Konflikt mit der Zementindustrie, insbesondere mit der Heidelberg Materials AG (bis 2023: HeidelbergCement AG). Heidelberg Materials AG ist eines der größten Baustoffunternehmen der Welt. Das Unternehmen startete im Jahr 2014 mit dem Bau einer Zementfabrik, um den Abbau von Kalkstein voranzubringen.

Die indigene Gemeinschaft Sedulur Sikep ist Teil der Bürgerinitiative JM-PPK. In den letzten Jahren haben sie aktiv gegen die Pläne der Zementindustrie protestiert. Die Sedulur Sikep/JM-PPK kämpfen gewaltfrei. Mit Demonstrationen, Fußmärschen über Hunderte von Kilometern, mit Gerichtsprozessen und mit dem öffentlichen Einzementieren ihrer Füße versuchen sie auf die negativen Auswirkungen des Zementabbaus aufmerksam zu machen. Im Jahr 2018 sind die Sedulur Sikep für ihre Bemühungen mit dem renommiertesten Menschenrechtspreis Indonesiens, dem „*Yap Thiam Hien Award*“, ausgezeichnet worden.

Die Gemeinschaft lässt sich auch international unterstützen, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen, und sie erhoffen sich, so Druck auf das Unternehmen und die Regierung auszuüben. Während der Hauptversammlung der Heidelberg Materials AG im Mai 2024 begleiteten Menschenrechtler und Klimaaktivisten Protestierende vor der Konzernzentrale von Heidelberg Materials AG. Per Video-Ansprache forderte der indonesische Aktivist Gunretno das Unternehmen auf, den geplanten Abbau von Kalk im Kendeng-Karstgebirge zu stoppen. Im Oktober 2024 veröffentlichen die zivilgesellschaftlichen Akteure Inclusive Development International IDI, Heinrich Böll Stiftung, FIAN Deutschland, Watch Indonesia!, Stiftung Asienhaus und Rettet den Regenwald e.V. eine gemeinsame Pressemitteilung. In ihr wird über eine Beschwerde gegen Heidelberg Materials AG informiert. Die Nationale Kontaktstelle für die OECD-Leitsätze hat das Unternehmen aufgefordert, seine Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung für das umstrittene Zementprojekt in Zentraljava offenzulegen.

Trotz des zunehmenden öffentlichen Drucks und der steigenden Proteste in Indonesien und Deutschland hält das Unternehmen an ihrem Vorhaben fest. Die Organisationen, welche die Gemeinden unterstützen, betonen regelmäßig die Notwendigkeit, menschenrechtliche und ökologische Sorgfaltspflichten einzuhalten und die Auswirkungen des Projektes transparent zu machen. Das Projekt könnte gegen das deutsche Lieferkettengesetz verstoßen, das seit Januar 2023 in Kraft ist.

Die aktuelle Situation bleibt angespannt. Es ist ein komplexer Konflikt, der sowohl lokale als auch globale Dimensionen hat. Nichtsdestotrotz setzen sich die Sedulur Sikep weiterhin für eine nachhaltige und gerechte Lösung ein.

Mittlerweile existiert auch eine Petition, die von Watch Indonesia! gestartet wurde: **Stoppt die Zerstörung des Kendeng-Gebirges in Indonesien**. Der Appell richtet sich an den Vorstand und Aufsichtsrat von Heidelberg Materials AG. Es wird dazu aufgefordert, das geplante Projekt des Tochterunternehmens PT Indocement in Pati, Java, zu stoppen, um Menschenrechtsverletzungen und Naturzerstörung zu verhindern. Die Petition wird unterstützt von: Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, FIAN Deutschland, End Cement Bündnis, Stiftung Asienhaus. Sie kann auf der Website von WeAct unterzeichnet werden. Mehr als 75.000 Unterschriften konnten bereits gesammelt werden. Die Übergabe der gesammelten Unterschriften soll während der Hauptversammlung am 15. Mai 2025 an den Vorstand von Heidelberg Materials erfolgen.

Zusammengefasst von Anne Zummach
Themenkoordinationsgruppe Menschenrechte und indigene Völker

Quellen:

Petition

<https://weact.campact.de/petitions/stoppt-die-zerstörung-des-kendeng-gebirges-in-indonesien>

<https://www.asienhaus.de/aktuelles/petition-stoppt-die-zerstörung-des-kendeng-gebirges-in-indonesien>

<https://www.watchindonesia.de/23127/deonline-petition-stoppt-die-zerstörung-des-kendeng-gebirges-in-indonesien?lang=de>

Aktuelle Situation

<https://www.watchindonesia.de/23130/deoecd-beschwerde-bundesregierung-fordert-heidelberg-materials-zu-offenlegung-von-risikobericht-auf?lang=de>

<https://www.watchindonesia.de/20442/sedulur-sikep-heidelbergcement?lang=de>

<https://www.fr.de/wirtschaft/betonierter-konflikt-indigene-gemeinden-wehren-sich-gegen-deutschen-zement-giganten-93359430.html>

Hintergrundinformationen

https://id.wikipedia.org/wiki/Sedulur_Sikep

<https://chatopenai.de/>

<https://www.watchindonesia.de/23085/23085?lang=de>

<https://www.heidelbergmaterials.de/de>

<https://www.heidelbergmaterials.com/de/heidelbergcement-ist-jetzt-heidelberg-materials>